



Beschlussvorlage

Vorlage: BV/0468/2020		Datum: 19.06.2020	
Bürgermeisterin			
Verfasser:	50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Az.: 500202	
Betreff:			
Beratung und Beschlussfassung über die vorsorgliche Aufnahme von Haushaltsmitteln im Jahr 2021 zur Fortführung des Projekts Gemeindegewer plus			
Gremienweg:			
03.09.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt <input type="checkbox"/> Enthaltungen
	TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen
24.08.2020	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt <input type="checkbox"/> Enthaltungen
	TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen
19.08.2020	Sozialausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> vertagt <input type="checkbox"/> Enthaltungen
	TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat stimmt der vorsorglichen Aufnahme von Haushaltsmitteln in Höhe von 65.000€ für das Modellprojekt Gemeindegewer plus zu. Sollte das Modellprojekt wie bisher durch Landesmittel und Mittel der gesetzlichen Krankenversicherungen finanziert werden können, werden diese Haushaltsmittel nicht eingesetzt.

Begründung:

Bei den älteren Menschen in den Stadtteilen Goldgrube und Karthause-Flugfeld sowie den Projektpartnern besteht eine große Zufriedenheit mit der Arbeit im Modellprojekt Gemeindegewer plus. Eine Fortführung des Projektes über den 31.12.2020 hinaus mit einer Förderung des Landes und den gesetzlichen Krankenversicherungen ist beabsichtigt. Die Entscheidung im Landtag zum Landeshaushalt wird jedoch erst zum Jahresende erwartet. Es ist daher erforderlich, vorsorglich eine Position im städtischen Haushalt einzustellen, um sowohl dem Anstellungsträger als auch der Fachkraft im Modellprojekt die notwendige Sicherheit für eine Fortführung des Projekts zu geben.

Im Einzelnen werden dazu eingerichtet:

Produkt 3511 K5000002E38/ Sonst. soziale Angelegenheiten,

Konto 55991: Aufwendungen 65.000 €

Konto 44242: Erträge 65.000 € (im Fall der Finanzierung durch das Land)

Es handelt sich um eine freiwillige Leistung.

Hintergrundinformationen:

1. Generelle Zielsetzung des Projektes:

- Die Hochbetagten werden unabhängig von Herkunft und Religion zu Fragen der Alltagsbewältigung und Gesundheitsvorsorge im Rahmen von präventiven Hausbesuchen oder auch in der öffentlichen Sprechstunde der Gemeindegeschwister plus beraten. Die Zahl der Beratungen steigt mit dem wachsenden Bekanntheitsgrad der Gemeindegeschwister plus.
- Bei konkreten Fragen zur ambulanten oder stationären Pflege stellt die Fachkraft im Modellprojekt den Kontakt zum zuständigen Pflegestützpunkt her.
- Hochbetagte Menschen erhalten zielgruppenspezifische Informationen über wohnortnahe Angebote für Senioren im Gemeinwesen durch die kostenlosen Stadtteilzeitungen, um die präventiven Angebote der Gemeindegeschwister plus bekannter zu machen.
- Hochbetagte werden motiviert, wohnortnahe Ressourcen zu nutzen, um Isolation im Alter vorzubeugen. Bei Veranstaltungen für ältere Menschen im Stadtteil wird darauf geachtet, dass auch hochbetagte Alleinlebende daran teilnehmen können. Die Hürden, die das Verlassen der Wohnung mit sich bringen, finden Beachtung.

2. Finanzierung:

Gemäß der bereits abgeschlossenen Vereinbarung zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Stadt Koblenz sowie dem DRK-Mittelrhein gGmbH (Anstellungsträger) wurden die Personal- und Sachausgaben bislang jährlich mit 60.000 € durch das Land Rheinland-Pfalz und die gesetzlichen Krankenversicherungen gefördert. Diese Summe wird vollumfassend an den Anstellungsträger weitergegeben. Unter Berücksichtigung gestiegener Lohnkosten und allgemeiner Preissteigerung wurde seitens des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ab dem Haushaltsjahr ein Betrag von 65.000 € in Aussicht gestellt.

Die Stadt Koblenz trägt derzeit folgende Projektkosten:

- Anteilige Personal- und Sachkosten für die Übernahme der Projektverantwortung und die Erstellung von Konzepten für das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Demografie und die gesetzlichen Krankenversicherungen (Stelle Sozialplanung Entgeltgruppe TVÖD SuE 15),
- Die Kommune übernimmt zudem die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und die Ausrichtung der Netzwerktreffen.
- Kosten für notwendige Schulung, Weiterbildung und Supervision der Gemeindegeschwister plus werden gemäß Vereinbarung mit Land und dem Anstellungsträger in Höhe von bis zu maximal 500€ übernommen.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Nein